**Sitzungsvorlage Nr. VIII/36
öffentliche Sitzung**

Beratungsgang:

Rat

05.11.2009

Betreff: **Berufung von Vertretern der Katholischen und Evangelischen Kirche sowie der Schulen für den Schul- und Bildungsausschuss**

FB/Az.: I / 023.0, I / 062.31-9

Produkt: 01/01.001 Politische Organe und Gremien

Bezug:

Finanzierung:

Höhe der tatsächlichen/ voraussichtlichen Kosten:

Finanzierung durch Mittel bei Produkt:

Über-/ außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von:

Finanzierungs-/ Deckungsvorschlag:

Beschlussvorschlag:

Aufgrund des § 85 Abs. 2 Schulgesetz werden

1. für die Katholische Kirche

- Pfarrer Otto Banse (für Schulangelegenheiten im Ortsteil Darfeld)
- Pfarrer Carsten Remke (für Schulangelegenheiten im Ortsteil Holtwick)
- Pfarrer Hubert Hambrügge (für Schulangelegenheiten im Ortsteil Osterwick)

2. für die Evangelische Kirche

- Pfarrer Thomas Ring (für Schulangelegenheiten im Ortsteil Darfeld)
- Pfarrer Lothar Sander (für Schulangelegenheiten der OT Holtwick und Osterwick)

als ständige Mitglieder mit beratender Stimme in den Schulausschuss berufen und

3. für die Schulen

der jeweils amtierende Rektor / die jeweils amtierende Rektorin sowie im Verhinderungsfall der/die jeweils stellvertretende Rektor/in der Rosendahler Grundschulen sowie der Verbundschule Legden Rosendahl

als beratende Mitglieder in den Schulausschuss berufen.

Im Verhinderungsfall vertreten sich die Geistlichen der Katholischen und Evangelischen Kirchen je für sich gegenseitig

Sachverhalt:

In der vergangenen Wahlperiode bestand keine selbständiger Schulausschuss, sondern ein gemeinsamer Schul- und Bildungsausschuss (vgl. § 12 Schulverwaltungsgesetz [alte Regelung] bzw. § 85 Schulgesetz [neue/aktuelle Regelung]).

Wird ein Schulausschuss oder in der Kombination ein Schul- und Bildungsausschuss gebildet, besteht nach §§ 85 Abs. 2 Satz 2 und 85 Abs. 3 Satz 1 Schulgesetz die Verpflichtung, je eine oder ein von der Katholischen und Evangelischen Kirche benannte Vertreterin oder benannter Vertreter als ständiges Mitglied mit beratender Stimme zu berufen. Darüber hinaus können Vertreterinnen und Vertreter der Schulen zur ständigen Beratung berufen werden (§ 85 Abs. 2 Satz 3 Schulgesetz). Die Mitwirkung der zu benennenden Mitglieder für den Schul- und Bildungsausschuss bleibt nach § 85 Abs. 3 Satz 2 Schulgesetz auf Gegenstände des Schulausschusses beschränkt.

Mit der im Beschlussvorschlag vorgeschlagenen Lösung werden – wie auch in der vergangenen Wahlperiode praktiziert – die jeweiligen Interessen in den einzelnen Ortsteilen, sowohl hinsichtlich der Grundschulen als auch in Bezug auf die zentrale Verbundschule entsprechend gewahrt. Wenngleich für die Verbundschule nunmehr die Zuständigkeit des Schulzweckverbandes gegeben ist, sollte der Schulleiter bzw. die Schulleiterin dieser Schule nach wie vor als beratendes Mitglied in den Schulausschuss berufen werden.

Zur Entscheidung über die jeweiligen Berufungen genügt ein einfacher Mehrheitsbeschluss gemäß § 50 Abs. 1 Gemeindeordnung NRW.

Der Bürgermeister ist gemäß § 40 Abs. 2 GO NRW **stimmberechtigt**.

Im Auftrage:

Fuchs
Produktverantwortliche

Gottheil
Allgemeiner Vertreter

Niehues
Bürgermeister